DOSB-Präsident Weikert fordert Wertschätzung für den Sport

04.12.2023 | Erstellt von DOSB

**Der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Thomas Weikert, hat in seiner Rede auf der 20. DOSB-Mitgliederversammlung am Samstag, den 2. Dezember 2023, Wertschätzung für den Sport und die Menschen im Sport eingefordert. „Wir wollen Spitzenerfolge? Also müssen wir Spitzen-Bedingungen schaffen. Dazu gehört mehr Geld, dazu gehört mehr Verlässlichkeit“, sagte Weikert mit Blick auf die Arbeitsbedingungen von Trainer*innen, aber auch von Athlet*innen: „Wir sollten unseren Sportlerinnen und Sportlern mehr zurückgeben. An beruflichen Perspektiven in und außerhalb des Sports. So sieht Wertschätzung aus.“ **

DOSB-Präsident Thomas Weikert bei der Mitgliederversammlung 2023 in Frankfurt am Main. (© Frank May)

Die Politik, die in Frankfurt am Main durch Bundesinnenministerin **Nancy Faeser** und den hessischen Ministerpräsidenten **Boris Rhein** prominent vertreten war, forderte Weikert zu mehr Verlässlichkeit bei der Umsetzung von Großprojekten wie dem Sportentwicklungsplan und der Leistungssportreform auf: „Wir erwarten von der Bundesregierung und den Regierungsfraktionen, dass sie auch bei der Umsetzung ein verlässlicher Partner sind. Und

ihre Zusagen einhalten. Olympische und Paralympische Spiele können große Kräfte freisetzen. Für die Wirtschaft, für die Sportinfrastruktur, für unsere Athletinnen und Athleten, im Leistungssport für Kinder und Jugendliche, die mehr Bewegung und Zugehörigkeit brauchen und für die gesamte Gesellschaft."

Boris Rhein, Ministerpräsident des Landes Hessen, sagte in seinem Grußwort:
„Sport ist der Kitt unserer Gesellschaft. Die sportlichen Ergebnisse der jüngeren Vergangenheit machen allerdings deutlich, dass die deutsche Sportförderung Reformen braucht, damit der deutsche Leistungssport wieder mehr Talente und Erfolge hervorbringt. Dafür sind zusätzliches Geld für moderne Trainingsstätten, eine bessere Förderung der Athletinnen und Athleten und attraktivere Arbeitsbedingungen für Trainerinnen und Trainer nötig. Hier ist vor allem der Bund in der Pflicht. Sobald die Erfolge zurückkommen, werden sich die Menschen auch wieder stärker mit den Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern identifizieren. Dieser Rückhalt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer Spiele in Deutschland."

Frankfurter Erklärung verabschiedet

Die Mitgliederversammlung hat einmütig die „Frankfurter Erklärung" verabschiedet. Damit beauftragten die Delegierten den DOSB, den im Juli offiziell gestarteten Dialogprozess „DEINE IDEEN. DEINE SPIELE." zu einer möglichen Olympiabewerbung im nächsten Jahr fortzusetzen und mit der Erarbeitung eines konkreten Konzeptes zu beginnen. Dieses soll im Sommer 2024 vorgestellt werden. Die Frankfurter Erklärung bündelt die seit Juli in den Befragungen, Dialogforen sowie im digitalen Bereich gesammelten Erwartungen, Wünsche und Kritik der Bevölkerung. Sieben Prämissen bilden nunmehr für den DOSB die gesellschaftlichen Leitplanken für die Erstellung eines Bewerbungskonzepts. Einzelheiten zum weiteren Prozess finden sich in der bereits veröffentlichten Meldung.

Delegierte stimmen Beitragsanpassung und Quotenregelung zu

Die Versammlung stimmte einer Beitragsanpassung in Höhe von 5 Cent pro Mitglied pro Jahr zu, um ein strukturelles Defizit aufgrund von Kostensteigerungen und Inflation im DOSB-Haushalt ab 2025 abzuwenden. Letztmals war der Beitrag 2009 angehoben worden. In einem Paket von insgesamt 27 Satzungsänderungen verabschiedeten die Delegierten unter anderem eine verpflichtende Regelung zur Einhaltung der prozentualen Beteiligung von Männern und Frauen bei der Entsendung der Delegierten zur Mitgliederversammlung. Die Mitgliedsorganisationen sollen mindestens 30 Prozent weibliche und mindestens 30 Prozent männliche Delegierte in die Mitgliederversammlung entsenden, sofern es sich um mindestens zwei Delegierte handelt. Ab dem Jahr 2026 gilt diese Regelung verpflichtend. Sollten die Quotierungen dann durch die entsendeten Delegierten nicht erreicht werden, wird der Gesamtstimmanteil der Mitgliedsorganisation soweit reduziert, bis die Quotierungen der Delegiertenzahlen erreicht wären. Ein weiterer Antrag zur Änderung der Satzung hatte zum Inhalt gehabt, eine ad-hoc-Kommission einzurichten, die über Höhe und Ausgestaltung einer möglichen Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Präsidiumsmitglieder beraten sollte. Damit solle jede*r, unabhängig von Alter oder beruflichem Background, die Möglichkeit erhalten, ein derart zeitaufwändiges Ehrenamt auszufüllen. Nach Beratungen mit den

Mitgliedsorganisationen wurde der Antrag zurückgezogen, die Debatte sei wichtig, benötige aber noch mehr Zeit auf der Suche nach einer guten Lösung. Stattdessen soll nun gemeinsam mit Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen für die Mitgliederversammlung 2024 einen Vorschlag vorgelegt werden.

Zukunftsplan Safe Sport verabschiedet

Den Zukunftsplan Safe Sport verabschiedeten die Delegierten einstimmig. Der Zukunftsplan bildet die Gesamtstrategie des DOSB zum Schutz vor Gewalt im Sport und beinhaltet Ziele und Maßnahmen, die in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden sollen.

Zu den weiteren inhaltlichen Themen der Mitgliederversammlung zählten die Restrukturierung der Steuerung und Förderung im Leistungssport, die Rahmenrichtlinien für Athletenvertreter*innen und Eckpunkte für einen Entwicklungsplan Sport. Neben dem Bericht der Ethikkommission wurde der Mitgliederversammlung erstmals auch der Bericht des DOSB-Menschenrechtsbeirats vorgelegt. Der Beiratsvorsitzende Prof. Dr. Joachim Rücker kündigte hierzu eine erste Fassung einer DOSB-Menschenrechts-Policy an, die im Vorfeld des 75-jährigen Jubiläums der UN-Menschenrechtscharta am 10. Dezember 2023 veröffentlicht wird.

Die 21. DOSB-Mitgliederversammlung findet am 7. Dezember 2024 in Saarbrücken statt.